



BILDUNG UND SDG 4

Die Suche nach öffentlichen Mitteln

Etwa 12 Stunden lang gab es in dem Entwurf, welcher zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) werden sollte, eine Zielvorgabe für Bildungsfinanzierung. Sie wurde in der letzten Verhandlungsrunde vorgeschlagen, doch es dauerte nicht lange, bis sie wieder herausgenommen wurde. Die Mitgliedstaaten waren der Meinung, es sei nicht möglich, öffentliche Ausgaben für individuelle Ziele festzulegen. Das Versagen, die Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens und den Schutz der öffentlichen Dienste vor Privatisierung in der Agenda 2030 festzuschreiben, untergräbt das Ziel für nachhaltige Entwicklung Nummer 4.



OBWOHL DIE Finanzierungslücke seit Langem ein Hindernis für den Fortschritt im Bildungsbereich darstellt, wurde SDG 4 – welches man mit „mehr Bildung von besserer Qualität für alle“ zusammenfassen könnte – ohne jegliche Verpflichtung zur Finanzierung verabschiedet. Die Mitgliedstaaten ignorierten auch die Beweise, dass die öffentliche Bereitstellung und Regulierung von Bildung Schlüsselfaktoren für Gerechtigkeit und Qualität darstellen.

Während Finanzierungsschwierigkeiten also fortbestehen, hat sich die Lage in den letzten Jahren erheblich verändert. Einfach ausgedrückt: Kapital ist der neue Staat und Daten sind das neue Kapital. Viele AkteurInnen der Zivilgesellschaft sind inzwischen überzeugt, dass die aktuellen Finanzierungsherausforderungen zu groß sind, um vom Staat allein gemeistert zu werden. So verstärkt sich die Ansicht, dass die Beteiligung des privaten Sektors notwendig ist. Diese Idee ist so weit verbreitet, dass es in der Diskussion nicht mehr darum geht, ob die Privatwirtschaft zur Bildung beitragen soll, sondern darum, wie ihre Beteiligung maximiert und entsprechende bewährte Vorgehensweisen identifiziert werden können.

Mit Bildung das große Geschäft machen

Auf der einen Seite stehen die Regierungen, die an Kostensenkungen interessiert sind. Diese Sparmaßnahmen sind weltweit zu beobachten: das Einfrieren der Gehälter von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Schließung öffentlicher Schulen, die Einführung von Bildungsgutscheinen oder die Privatisierung von Schulen und entsprechenden Dienst-

leistungen, wie zum Beispiel die Auslagerung der Verpflegungsdienste an private Unternehmen, die Schulkantinen und Personal durch riesige Mikrowellenherde und vorgefertigte Tiefkühlkost ersetzen.

Während dieses Auslagern kurzfristig wie ein finanziell kluger Schachzug erscheinen mag, untergräbt es die Gerechtigkeit und Qualität der Bildungssysteme. In Kenia sind sogenannte Low-fee-Privatschulen (Schulen mit niedrigen Schulgebühren), auch wenn sie nur ein geringes Schulgeld verlangen, gebührenpflichtig und gewinnorientiert. Die Entsendung von drei Kindern an eine vom Unternehmen Bridge International Academies betriebene Schule beträgt 44 bis 138 Prozent des Haushaltseinkommens einer armen Familie. Die Familien werden gezwungen, zu entscheiden, welches Kind zur Schule gehen darf. So werden Strukturen von Armut und Ungleichheit reproduziert.¹ Das Geschäftsmodell dieser Schulen basiert auf dem Einsatz unqualifizierter LehrerInnen, die sich strikt an minutiös aufbereitete, standardisierte Unterrichtspläne halten, welche ihnen auf einem Tablett zur Verfügung gestellt werden. Solche Kosteneinsparungen sind keine Seltenheit; was jedoch schockierend ist, sind die Investitionen und die Unterstützung der Weltbank, des britischen Entwicklungsministeriums DFID, der Mediengruppe Pearson, der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und von Mark Zuckerberg.

Auf der anderen Seite sehen wir einen sich entwickelnden globalen Bildungsmarkt, der derzeit auf 4,3 Billionen US-Dollar geschätzt wird und welcher in den kommenden Jahren noch deutlich wachsen dürfte.² Dies wird zum Teil von Risikokapital- und

privaten Investmentfirmen getragen, aber es gibt auch lokale AkteurInnen, die einen lukrativen Markt für sich entdeckt haben.

Reduzierung auf Testergebnisse

Die Entwicklung des Bildungsmarktes wird durch den Aufstieg datenbasierter, leistungsorientierter Systeme begünstigt, bei denen verschiedene Schulen im Wettlauf um eng konzipierte Spitzenleistungen konkurrieren. Standardisierte Tests bilden die Grundlage für die Bewertung von Schulen und LehrerInnen und werden zunehmend sowohl für die Budgetvergabe als auch die Bezahlung der LehrerInnen herangezogen.

Daten gelten als der Schlüssel, um herauszufinden, wie man Geld verteilt, wo man Geld spart und wie man die besten Ergebnisse erzielt. Die Gestaltung von SDG 4 baut auf diesem Diskurs und seinen impliziten Annahmen auf: Das derzeitige Bildungssystem ist teuer und ineffizient; alle Prozesse des Lehrens und Lernens können standardisiert, gemessen und in Daten umgewandelt werden; Daten können die Anstrengungen von SchülerInnen, LehrerInnen und Systemen als Ganzes erfassen.

Indem sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen auf die Probe gestellt werden, haben LehrerInnen immer weniger berufliche Autonomie und Freiheit und werden unter Druck gesetzt, ihren Unterricht nach diesen Tests auszurichten. Ein dogmatischer Fokus auf spezifische Testverfahren verengt die Lehrpläne und lässt wenig Zeit – oder Geld – für Kunst, Kultur oder Sport.³ Das Paradoxe hieran ist, dass dadurch die dringend benötigte Bildung für nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit und Menschenrechte ins Abseits gerät.

Die Unzulänglichkeit derzeitiger Praktiken

Seit Jahrzehnten fordern BildungsvertreterInnen, dass 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bzw. 20 Prozent des Staatshaushalts für Bildung aufgewendet werden. Die Verabschiedung von SDG 4 macht die Forderung nach einer ausreichenden, berechenbaren sowie öffentlichen und staatlich regulierten Bildungsfinanzierung immer relevanter. Dies spiegelt sich auch im Aktionsrahmen Bildung 2030 wider.⁴ Paradoxe Weise lässt der Aufbau der Zielsetzungen keine Überprüfung solcher Entwicklungen zu. Regierungen können über Einschreibungszahlen und Lernergebnisse berichten, ohne die Anbieter oder die Kosten für die Haushalte offenzulegen. Das Streben nach ausreichender öffentlicher Finanzierung sollte uns nicht davon abhalten, eine differenziertere und dringend benötigte Analyse darüber anzustellen, wie Geld gesammelt und ausgegeben wird und welche Bedeutung die derzeitigen Praktiken für die Gerechtigkeit, Qualität und Teilhabe der Bildungssysteme haben. Ohne eine solche Analyse können wir SDG 4 nicht umsetzen. Es ist klarer denn je, dass die Frage der Bildungsfinanzierung nicht von der breiteren Diskussion über die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die Regulierung des Engagements der Privatwirtschaft, die Steuergerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene und die Tragfähigkeit von Schulden getrennt werden kann.

Die Suche nach öffentlichen Mitteln muss von Bemühungen begleitet werden, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu hinterfragen, die diese Entwicklungen ermöglicht haben. Radikale Ideen von einem Umdenken bei den öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und der Umverteilung wurden durch den pragmatischen Aufruf zur verstärkten Mobilisierung inländischer Ressourcen ersetzt. Dies trägt zu einer bequemeren Verschiebung der Verantwortlichkeiten bei, wodurch (arme) Länder nun für ihren eigenen Fortschritt verantwortlich sind. Während öffentliche Güter natürlich aus nationalen Ressourcen finanziert werden sollten, vernachlässigt dieser Diskurs den systemischen Charakter, der diese Lösung für viele Länder zu einer Unmöglichkeit macht. Wenn die Staaten ihre Pflicht aufgeben, eine qualitativ hochwertige Bildung für alle zu gewährleisten, entsprechen die in den verschiedenen Gesellschaftsschichten angebotenen Bildungsoptionen tendenziell deren sozialem und wirtschaftlichem Status. Die Ungleichheit wird dadurch wirksam weiter gefestigt und reproduziert.⁵

 Antonia Wulff

Die Autorin ist Koordinatorin bei Education International.

*Aus dem Englischen von
Lina Gerstmeyer.*

- 1 Education International/Kenya National Union of Teachers (2016): Bridge vs. Reality: A study on Bridge International Academies' for-profit schooling in Kenya. Nairobi. https://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/Bridge%20vs%20Reality_GR%20Report.pdf.
- 2 Susan Robertson/Janja Komljenovic (2016): Unbundling the University and Making Higher Education Markets. In: Antoni Verger/Christopher Lubienski/Gita Steiner-Khamsi (Hg., 2016): World Yearbook of Education: The Global Education Industry. Routledge, New York/Abingdon, S. 211-227.
- 3 Joel Westheimer (2015): What Kind of Citizen? Educating our children for the common good. Teachers College Press, New York.
- 4 UNESCO (2015): Education 2030 Framework for Action for the implementation of Sustainable Development Goal 4. Paris. <http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002456/245656E.pdf>.
- 5 Dieser Artikel basiert auf den zwei folgenden Artikeln: <https://www.2030spotlight.org/en/book/1165/chapter/4-cashing-sdg-4>; <https://www.2030spotlight.org/en/book/1730/chapter/sdg-4-quest-public-funding-education-and-sdg-4>.



© Masaaki Komori

Hinter verschlossenen Türen: Zugang zu Bildung erhält oft nur, wer es sich leisten kann.



3/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

SPEZIAL ZUM
NACHHALTIGKEITSGIPFEL
DER VEREINTEN NATIONEN

GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.
WO STEHT DIE AGENDA FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?